

Auszüge aus der
ENZYKLIKA MAGNIFICA HUMANITAS
des Papstes LEO XIV.

Die von Gott geschaffene großartige Menschheit steht heute vor einer entscheidenden Wahl: Entweder sie errichtet einen neuen Turm zu Babel oder sie erbaut die Stadt, in der Gott und die Menschheit gemeinsam wohnen.

Deshalb können wir uns engagiert an all den Initiativen beteiligen, die eine gerechtere Welt aufbauen, und können wir auch andere dazu aufrufen, bei der Förderung der ganzheitlichen Entwicklung jedes Menschen mit uns zusammenzuarbeiten. Wir möchten in Dialog mit allen Männern und Frauen unserer Zeit treten, mit denen wir die Ereignisse, Fragen und Wünsche der Menschheit teilen.

In diesem Geiste veröffentlichte Leo XIII. im Jahr 1891 die Enzyklika „*Rerum novarum*“, deren 135. Jahrestag wir nun mit großer Dankbarkeit begehen. Mit jenem Dokument gab mein geliebter Vorgänger den Anstoß zu jener Reflexion über Gesellschaft, Wirtschaft und Politik, die wir heute als „Soziallehre der Kirche“ bezeichnen. Und als einige einwandten, die Kirche solle keine Energie auf weltliche Angelegenheiten verschwenden, sondern sich vielmehr darauf konzentrieren, eine Botschaft des ewigen Lebens zu vermitteln, antwortete er mit Realismus und Weisheit, dass die Verkündigung des Evangeliums das konkrete Leben der Menschen nicht außer Acht lassen darf.

Die Soziallehre ist kein statisches Begriffsgefüge, sondern ein lebendiges Korpus an Wahrheiten, das die Berufung der Menschheit zu einem erfüllten und gerechten Leben bewahrt und auslegt.

In den letzten Jahren ist immer deutlicher geworden, wie rasch und tiefgreifend Digitalisierung, Künstliche Intelligenz (KI) und Robotik unsere Welt verändern. Die Technik ist an sich nicht als eine menschenfeindliche Kraft zu betrachten. Die technische Entwicklung hat im Laufe der Jahrhunderte zu einer erheblichen Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschheit beigetragen.

Heute sehen wir uns jedoch mit einer neuen Situation konfrontiert, in der die Macht und Omnipräsenz neuer Technologien die Struktur des täglichen Lebens durchwirken, Entscheidungsprozesse prägen und die kollektive Vorstellungswelt tiefgreifend beeinflussen: »Nie hatte die Menschheit so viel Macht über sich selbst«.

Es ist notwendig, angemessene Regulierungsinstrumente einzuführen, die in der Lage sind, die Gerechtigkeit zu schützen und die verzerrenden Auswirkungen von technologischer Macht einzudämmen. »Wir können aber nicht unbeachtet lassen, dass die Nuklearenergie, die Biotechnologie, die Informatik, die Kenntnis unserer eigenen DNA und andere Fähigkeiten, die wir erworben haben [...] denen, welche die Kenntnis und vor allem die wirtschaftliche Macht besitzen, sie einzusetzen, eine beeindruckende Gewalt über die gesamte Menschheit und die ganze Welt« verleihen. In der Vergangenheit waren es in erster Linie die Staaten, die Innovationen lenkten und steuerten. Heute sind die Haupttriebkraft der Entwicklung hingegen private, oft transnationale Akteure, die über Ressourcen und Handlungsmöglichkeiten verfügen, die denen vieler Regierungen überlegen sind.

Um zu erkennen, wie wir verantwortungsvoll im Zeitalter der Künstlichen Intelligenz leben können, möchte ich an zwei biblische Bilder erinnern: den Turmbau zu Babel (vgl. *Gen 11,1-9*) und den Wiederaufbau der Mauern Jerusalems.

Babel offenbart somit die Grenzen eines jeden noch so grandios anmutenden Gebildes, das aus der Verabsolutierung des Menschen und aus seiner anmaßenden Autarkie entsteht, das die Würde der Menschen der Effizienz opfert und danach strebt, den Himmel ohne den Segen Gottes zu erreichen.

Technologie kann heilen, verbinden, bilden und unser gemeinsames Haus schützen, aber sie kann auch spalten, ausgrenzen und neue Ungerechtigkeiten hervorbringen. Abstrakt betrachtet ist sie per se weder eine Lösung für die Probleme der Menschheit noch ein Übel. Konkret betrachtet aber ist sie nicht neutral, weil sie die Züge derer annimmt, die sie konzipieren, finanzieren, regulieren und nutzen.

Daher ist auch die Künstliche Intelligenz nicht als ein thematischer Anhang oder als zu bewältigender Notfall zu verstehen, sondern als eine Veränderung, die die Kategorien der Soziallehre wesentlich herausfordert und – in Treue zum Evangelium – nach einer Weiterentwicklung verlangt.

Deshalb hat die Kirche – gemeinsam mit den anderen christlichen Konfessionen und den Gläubigen anderer Religionen – ihre Stimme zu erheben, wenn die Würde der Brüder und Schwestern entstellt wird, wenn die Politik den Dramen der Menschheit nicht gerecht wird, wenn sich die Wirtschaft gegen den Menschen wendet oder die Wissenschaft die Grenzen ihrer Methode überschreitet. Sie tut das nicht, um zu herrschen, sondern um der Gemeinschaft zu dienen.

Die Enzyklika *Rerum novarum* von Leo XIII. stellt einen Meilenstein in der Entwicklung der kirchlichen Soziallehre dar. Das Dokument stellt die Würde der Arbeit und des Arbeiters in den Mittelpunkt seiner Überlegungen, bekräftigt das Recht auf einen gerechten Lohn für sich selbst und die eigene Familie, erkennt in den Menschen einen wesentlichen Wert, der Vorrang vor Kapital und Profit hat, verteidigt das Privateigentum zusammen mit seiner unverzichtbaren sozialen Funktion, zeigt Wertschätzung für die Arbeitnehmerverbände und schlägt Formen der Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Teilen der Gesellschaft als Alternative zur Logik des „Klassenkampfes“ vor.

Obwohl sich viele der von Leo XIII. beschriebenen geschichtlichen Umstände geändert haben, behalten zumindest zwei Erkenntnisse große Aktualität: der Vorrang der menschlichen Arbeit vor jeder rein produktiven oder finanziellen Logik, mit der daraus folgende Aufmerksamkeit für die Menschen und Familien, die der Ausbeutung am stärksten ausgesetzt sind, und die untrennbare Verbindung zwischen der Verkündigung des Evangeliums und dem Streben nach einer gerechteren Gesellschaftsordnung.

Für unsere Zeit bleiben zumindest drei Erkenntnisse seiner Soziallehre besonders aktuell: das Bewusstsein, dass Ungerechtigkeit nicht nur individuelle Verhaltensweisen, sondern auch wirtschaftliche und institutionelle Strukturen betrifft; der Wert des Subsidiaritätsprinzips, das dazu aufruft, das assoziative und gemeinschaftliche Gefüge zu stärken und dadurch neue Machtkonzentrationen zu vermeiden; sowie der Zusammenhang zwischen der Würde der Arbeit, gerechter Entlohnung und der tatsächlichen Möglichkeit für Familien, ein menschenwürdiges Leben zu führen.

Für unsere Zeit, die von weit verbreiteten Konflikten und neuen Formen globaler gegenseitiger Abhängigkeit geprägt ist, bleiben von besonderer Bedeutung der universale Horizont seines Aufrufs, der Verweis auf die Menschenrechte als gemeinsame Grundlage und die Überzeugung, dass dauerhafter Frieden Institutionen und Beziehungen zwischen den Völkern erfordert, die von der Würde eines jeden Menschen inspiriert sind.

Der heilige Johannes Paul II. betonte: »Der geschärfte Sinn für die Würde und Einmaligkeit der menschlichen Person wie auch für die dem Weg des Gewissens gebührende Achtung stellt also sicher eine positive Errungenschaft der modernen Kultur dar.« Diese Aussage folgt der bereits vom Zweiten Vatikanischen Konzil vorgezeichneten Linie, die ein wachsendes Bewusstsein für die einzigartige Würde jedes Menschen, für seinen Wert, der über den materiellen Dingen steht, sowie für seine universalen und unantastbaren Rechte und Pflichten festgestellt hatte. Es ist wichtig, darauf zu achten, dass dieses gewachsene Bewusstsein für die Menschenwürde nicht unter dem Druck neuer Ideologien oder bestimmter, sehr mächtiger Interessen in der heutigen Welt getrübt wird. Unter diesen Ideologien halte ich jene für besonders verhänglich, die suggeriert, dass jeder Mensch seinen Wert erst verdienen oder rechtfertigen müsse, bis dahin, dass denjenigen, die effizienter und leistungsfähiger sind, ein höherer Wert beigemessen wird. Innerhalb einer solchen Perspektive wird der Mensch letztlich auf ein Mittel zur Erzielung von Ergebnissen reduziert, auf eine Ressource, die man nutzen und ausbeuten kann, und nicht mehr als ein Zweck in sich selbst anerkannt, der niemals instrumentalisiert werden darf. Doch der Wert des Menschen hängt nicht davon ab, was er leistet oder produziert, und es gibt Rechte, die allen allein aufgrund der Tatsache zustehen, dass sie Menschen sind. Keine menschliche Macht kann diese rechtmäßig verweigern oder willkürlich einschränken.

Die Kirche erkennt dankbar an, dass »das Bemühen um die Festlegung und Verkündigung der Menschenrechte [...] eine der wichtigsten Anstrengungen [ist], um wirkungsvoll auf die unverzichtbaren Forderungen der Menschenwürde einzugehen«. Und wie Johannes Paul II. festgestellt hat, ist die *Allgemeine Erklärung der Menschenrechte*, die am 10. Dezember 1948 von den Vereinten Nationen verkündet wurde, auch heute noch eine der höchsten Ausdrucksformen des menschlichen Gewissens.

Anzuerkennen, dass jede Frau und jeder Mann eine unveräußerliche Würde hat und Rechte, die keine menschliche Macht verletzen oder aufheben darf, erfordert, dass wir die Art und Weise, wie wir zusammenleben, unsere wirtschaftlichen und politischen Entscheidungen sowie das konkrete Gesicht unserer Städte entsprechend gestalten. Hieraus ergibt sich das erste wichtige Prinzip der Soziallehre, auf das ich hinweisen möchte: das Gemeinwohl. Wir können es als die gesellschaftliche Form der jedem Menschen zugestandenen Würde beschreiben.

Es ist eine Illusion zu glauben, dass es ausreicht, nach dem eigenen Fortschritt zu streben, um zum Wohl aller beizutragen, ohne sich wirklich um andere kümmern zu müssen.

Dem Staat obliegt die Aufgabe, Zusammenhalt, Einheit und eine gerechte Organisation der Zivilgesellschaft zu gewährleisten, damit das Gemeinwohl mit dem Beitrag aller wirklich verfolgt werden kann.

»Unter den vielfältigen Aspekten des Gemeinwohls kommt dem Prinzip der allgemeinen Bestimmung der Güter unmittelbare Bedeutung zu.« Dieses Prinzip erinnert uns vor allem daran, dass Gott die Güter der Erde – Boden, Wasser, Luft, natürliche Ressourcen – der

gesamten Menschheitsfamilie geschenkt hat, damit sie allen heute und in Zukunft zum Leben reichen, und dass alle ein ursprüngliches Recht auf die Nutzung dieser Güter haben.

Zu den Gütern, die universal für alle bestimmt sind, müssen wir heute auch die neuen Formen des Eigentums zählen: Patente, Algorithmen, digitale Plattformen, technologische Infrastrukturen, Daten. In einem Kontext, in dem der Reichtum der Nationen immer mehr von Wissen und Technologien abhängt, entsteht ein neues Ungleichgewicht, wenn diese Güter ohne angemessene Teilhabe und Zugangsmöglichkeiten in den Händen weniger konzentriert bleiben: Dies widerspricht der allgemeinen Bestimmung der Güter und vergrößert die Kluft zwischen den Teilhabenden und den Ausgeschlossenen, zwischen denen, die an der digitalen Revolution teilhaben können, und denen, die am Rande stehen.

Bei Entscheidungen, die Wirtschaftsströme und digitale Plattformen betreffen, wie auch bei der Steuerung von Daten und Algorithmen darf man nicht zulassen, dass wenige Akteure die Prozesse alleine lenken.

Solidarität ist also die konkrete Erkenntnis, dass das Schicksal eines jeden mit dem Schicksal aller verbunden ist: Tatsächlich ist es so, »dass keiner sich allein retten kann«. So wird die enge Verbindung zwischen Subsidiarität und Solidarität deutlich. Wenn Subsidiarität nicht von Solidarität begleitet wird, wird sie letztlich zum bloßen Schutz von Partikularinteressen; wenn Solidarität nicht mit Subsidiarität einhergeht, verkommt sie zu einer Wohlfahrt, die keine Eigenverantwortung fördert.

Wie die natürliche Umwelt kann auch das „digitale Ökosystem“ geschützt oder ausgebeutet, gemeinsam genutzt oder monopolisiert werden. Solidarität verlangt, dass Entscheidungen in Bezug auf Daten, Algorithmen, Plattformen und Künstliche Intelligenz nicht nur den unmittelbaren Vorteil einiger weniger berücksichtigen, sondern auch die Auswirkungen auf die Gesamtheit der Völker und auf künftige Generationen.

(Gerechtigkeit) zielt darauf ab, zerbrochene Bindungen wiederherzustellen und diejenigen wieder einzubeziehen, die ausgeschlossen wurden, unter Berücksichtigung der Wunden, welche Ungerechtigkeiten hinterlassen haben: Kriege, Kolonialismus, rassistische oder geschlechtsspezifische Diskriminierung, Gewalt gegen ganze Völker, Ausbeutung. Dies kann bedeuten, denjenigen, die ignoriert wurden, Würde und Stimme zurückzugeben, Wege zur Heilung des kollektiven Gedächtnisses zu fördern, diskriminierenden Gesetzen und Praktiken entgegenzuwirken und konkret diejenigen zu unterstützen, die noch heute die Folgen von in der Vergangenheit erlittenem Unrecht tragen.

Gerechtigkeit verlangt, dass die Entstehung neuer Formen der Ausgrenzung und Freiheitsberaubung verhindert wird: Menschen und Völker, denen der Zugang zu grundlegenden Technologien verwehrt oder erschwert wird, Gemeinschaften, die einer invasiven Überwachung ausgesetzt sind, soziale Gruppen, welche durch undurchsichtige Algorithmen benachteiligt werden, die Vorurteile und Diskriminierungen reproduzieren. Eine gerechte soziale Ordnung im digitalen Zeitalter ist eine, die allen einen gleichberechtigten Zugang zu Chancen garantiert, die Jüngsten und die Fragilsten schützt, Hass und Desinformation bekämpft und die Nutzung von Daten und Technologien einer öffentlichen Kontrolle unterwirft, damit nicht der bloße Profit zum Maßstab wird, sondern die Würde eines jeden Menschen und das Wohl der Völker.

Ein entscheidender Prüfstein für soziale Gerechtigkeit ist heute die Situation der Migranten, der Flüchtlinge und all jener, die aufgrund von Armut, Gewalt, Klimawandel und

Umweltkatastrophen zur Flucht gezwungen sind. Die Weise, wie eine Gesellschaft mit ihnen umgeht, zeigt, ob ihr Gerechtigkeitsbegriff von Angst oder von Geschwisterlichkeit geleitet ist.

Gerechtigkeit verlangt die Anerkennung der sozialen Rechte und der Rechte der Völker und schließt die Verantwortung gegenüber denen ein, die nach uns kommen werden. Daher ist eine Entwicklung nicht menschlich, die den Konsum einiger erhöht, indem sie Kosten und Schäden auf andere abwälzt, oder die ganze Regionen auf untergeordnete Rollen festlegt und sie daran hindert, ihr Potenzial zu entfalten.

In der Enzyklika [*Laudato si'*](#) hat Papst Franziskus die zunehmende Durchsetzung eines technokratischen Paradigmas in der globalisierten Welt angeprangert, also die Tendenz, persönliche, gesellschaftliche und wirtschaftliche Entscheidungen allein der Logik der Effizienz, der Kontrolle und des Profits zu unterwerfen.

Dieses Paradigma hat sich in den letzten Jahren rasch verbreitet, auch aufgrund der Verbreitung von Künstlicher Intelligenz, von Kognitionswissenschaften, Nanotechnologie, Robotik und Biotechnologie.

Im digitalen Bereich liegt die Kontrolle über Plattformen, Infrastrukturen, Daten und Rechenleistung in vielen Fällen nicht in der Hand der Staaten, sondern von großen wirtschaftlichen und technologischen Akteuren, die *de facto* die Zugangsbedingungen, die Regeln der Sichtbarkeit und die Möglichkeiten der Teilhabe selbst festlegen.

Zunächst sind zwei Überlegungen anzustellen: Erstens läuft jede Aussage über KI Gefahr, angesichts der beeindruckenden Entwicklungsgeschwindigkeit dieser Systeme in kurzer Zeit überholt zu sein. Die zweite ist, dass wir alle, einschließlich derjenigen, die sie entwickeln, nur wenig über ihre tatsächliche Funktionsweise wissen. Moderne Künstliche Intelligenzen werden nämlich eher „gezüchtet“ als „gebaut“: Die Entwickler entwerfen nicht jedes Detail direkt, sondern schaffen eine Architektur, auf der KI „wächst“.

Fest steht jedoch, dass das Missverständnis zu vermeiden ist, diese „Intelligenz“ mit der menschlichen gleichzusetzen. Diese Systeme ahmen bestimmte Funktionen der menschlichen Intelligenz nach. Dabei übertreffen sie sie oft an Geschwindigkeit und Rechenleistung und bieten somit in zahlreichen Bereichen konkrete Vorteile. Diese Leistungsfähigkeit hat jedoch ausschließlich mit der Datenverarbeitung zu tun: Sogenannte Künstliche Intelligenzen machen keine Erfahrungen, besitzen keinen Leib, empfinden weder Freude noch Schmerz, reifen nicht in Beziehungen, wissen nicht von ihrem Inneren her, was Liebe, Arbeit, Freundschaft und Verantwortung bedeutet. Sie haben auch kein moralisches Gewissen: Sie unterscheiden nicht zwischen Gut und Böse, sie erkennen nicht den eigentlichen Sinn von Situationen und sie nehmen die Last der Konsequenzen nicht auf sich.

Es handelt sich nicht um die Erfahrung eines Menschen, der sich vom Leben formen lässt und im Laufe der Zeit durch Entscheidungen, Fehler, Vergebung und Treue wächst; vielmehr ist es eine statistische Anpassung auf der Grundlage von Daten und Rückmeldungen, die zwar sehr effektiv sein kann, aber kein inneres Wachstum impliziert.

Die Schnelligkeit und Einfachheit, mit der es möglich ist, Informationen, komplexe Analysen, Medieninhalte und konkrete Hilfestellungen zu erhalten, vereinfachen unser Leben. Sie können uns aber auch daran gewöhnen, zu viel zu delegieren und nach vorgefertigten

Antworten zu suchen. Damit schwächen sie das persönliche Urteilsvermögen und die Kreativität.

Wenn wir unseren Blick nun ausweiten auf den Einsatz von KI in unseren Gesellschaften, stellen wir fest, dass sie mittlerweile in Entscheidungsprozessen in allen Bereichen und auf unterschiedlichen Ebenen präsent ist: in der Kommunikation, in der Steuerung und in der Kontrolle. Die Vorteile in Bezug auf die Effizienz und das Verbesserungspotenzial bestimmter Dienstleistungen liegen auf der Hand; eine rasche und unkritische Einführung birgt jedoch mehrere Risiken, unter anderem die Gefahr, die Auswirkungen auf die Umwelt zu unterschätzen. Aktuelle KI-Systeme erfordern große Mengen an Energie und Wasser, haben erhebliche Auswirkungen auf den Kohlenstoffdioxid-Ausstoß und verbrauchen Ressourcen in großem Umfang.

Der Einsatz von KI ist niemals eine rein technische Angelegenheit: Sensible Entscheidungen bezüglich Arbeit, Kreditvergabe, Zugang zu Dienstleistungen und dem guten Ruf von Personen laufen Gefahr, vollständig automatisierten Systemen überlassen zu werden, die »Mitleid, Barmherzigkeit, Vergebung und vor allem die Offenheit für die Hoffnung auf eine Veränderung der Person« nicht kennen und dadurch neue Formen der Ausgrenzung hervorbringen können.

Einem Algorithmus konkret die Macht zu übertragen bedeutet die Grenzen menschlicher Möglichkeiten neu zu definieren.

Die Ausgrenzung der Schwachen wird mit Neutralität und Objektivität ummantelt, gegen die man nicht protestieren kann. So wird Ungerechtigkeit lautlos, und Mitgefühl, Barmherzigkeit und Vergebung – nicht als bloße Fassade, sondern als politische Gesten – verschwinden von der Bildfläche.

Wenn ein System so konzipiert oder eingesetzt wird, dass es bestimmte Formen von Leben als weniger wertvoll behandelt oder sie ohne Einspruchsmöglichkeit ausschließt, dann ist es nicht ein einfaches Werkzeug, das „gut genutzt“ werden kann: Es führt bereits ein Kriterium ein, das der unveräußerlichen Würde des Menschen entgegensteht.

Damit KI die Menschenwürde achtet und wirklich dem Gemeinwohl dient, kommt das, was wir als *Accountability* bezeichnen, entscheidend zum Tragen: die Möglichkeit, festzustellen, wer für Entscheidungen „Rechenschaft ablegen“ muss, wer sie begründen, kontrollieren und, falls nötig, anfechten sowie den daraus entstehenden Schaden beheben muss.

Wir dürfen uns nicht darauf beschränken, zu fordern, dass Maschinen moralisch handeln, also die sogenannte „Ausrichtung“ von KI auf menschliche Werte. Wir müssen mutig eine weitere Bedingung stellen, nämlich die Möglichkeit, den anzuwendenden Ethikkodex zu diskutieren und ihn mit Kriterien sozialer Gerechtigkeit abzugleichen, die wir teilen. Eine moralischere KI nützt nichts, wenn diese Moral von wenigen bestimmt wird.

Kleine, sehr einflussreiche Gruppen können Informationen und Konsum lenken, demokratische Prozesse konditionieren und die wirtschaftliche Dynamik zu ihrem eigenen Vorteil beeinflussen. Dies steht im Widerspruch zur sozialen Gerechtigkeit und Solidarität unter den Völkern. Darüber hinaus darf das Eigentum von Daten nicht ausschließlich privaten Einrichtungen anvertraut werden, sondern muss reguliert werden. Daten sind das Ergebnis der Beiträge vieler und dürfen nicht an einige Wenige verkauft oder ihnen überlassen werden. Es bedarf einer Kreativität, die imstande ist, sie als ein gemeinsames oder kollektives Gut zu

verwalten, im Sinne von Teilhabe, wie es bereits der heilige Johannes Paul II. in Bezug auf kollektive Güter vorgeschlagen hat.

Wenn wir von Solidarität sprechen, müssen wir die unsichtbare, oft von Ausbeutung begleitete Arbeit in den Blick nehmen, die hinter algorithmischen Modellen steht. Wenn wir von Gerechtigkeit sprechen, müssen wir die Machtverhältnisse hinterfragen, die bestimmen, wer die Modelle trainieren darf und wer lediglich als Trainingsobjekt dient.

KI zu entwaffnen bedeutet, sie der Logik des bewaffneten Wettbewerbs zu entziehen, der heute nicht mehr nur militärischer, sondern auch wirtschaftlicher und kognitiver Natur ist. Bei diesem Wettrennen geht es um den leistungsfähigsten Algorithmus und die größte Datenbank, um einen geopolitischen oder kommerziellen Vorsprung gegenüber allen anderen zu festigen. Entwaffnen bedeutet, diese Gleichsetzung von technischer Macht und dem Recht zu herrschen aufzubrechen. Entwaffnen bedeutet nicht, auf die Technologie zu verzichten, sondern zu verhindern, dass sie den Menschen zu beherrscht. Es bedeutet, sie Monopolen zu entziehen, sie hinterfragbar und anfechtbar und damit lebensfreundlich zu machen, sie der Vielfalt menschlicher Kulturen und Lebensweisen zurückzugeben.

Die Gefahr besteht nicht nur darin, dass bestimmte Technologien missbraucht werden, sondern dass das technokratische Paradigma, von dem wir umgeben sind und das durch die digitale Revolution und KI noch verstärkt wird, eine menschenfeindliche Anschauung als richtig und normal erscheinen lässt – eine Anschauung, nach der die Fülle des Lebens darin besteht, mehr zu besitzen, Schwächen zu reduzieren, Unvorhergesehenes auszuschließen und alles unter Kontrolle zu haben. Wenn Effizienz zum Wertmaßstab wird, ist der Mensch versucht, sich selbst als ein zu optimierendes Projekt zu betrachten und nicht als ein Geschöpf, das zu Beziehung und Gemeinschaft berufen ist.

möchte ich die Aufmerksamkeit nun auf einige Strömungen lenken, für die der Fortschritt in einem über die menschliche Natur Hinausgehen besteht und die wir unter den Begriffen Transhumanismus und Posthumanismus zusammenfassen können. Sie bilden den ideologischen Hintergrund, indem sie mit einer futuristischen Vision vom „verbesserten Menschen“ (*enhanced human*) oder vom „Hybriden aus Mensch und Maschine“ Begeisterung für die neuen Technologien wecken.

Im Allgemeinen stellt sich der Transhumanismus eine Verbesserung des Menschen durch Technologien (Biomedizin, *Human Engineering*, Apparate, Algorithmen) vor, mit dem Ziel, Leistung und Fähigkeiten zu steigern. Der Posthumanismus geht vor allem in seinen radikaleren Ausprägungen noch weiter: Er kritisiert den Anthropozentrismus und entwirft eine Form der Hybridisierung zwischen Mensch, Maschine und Umwelt.

Wenn der Mensch als Material behandelt wird, das man vervollkommen oder überwinden muss, dann wird es leichter akzeptabel, dass einige Menschen als weniger nützlich, weniger liebenswert, weniger würdig angesehen werden. Im Namen des Fortschritts kann man „notwendige Opfer“ in Betracht ziehen und so die Schwächsten den Preis für eine vermeintliche Optimierung der Spezies zahlen lassen.

Alles, was als „Begrenztheit“ erscheint – Unfähigkeit, Krankheit, Alter, Leiden, Verletzlichkeit –, wird normalerweise erst einmal als ein zu behebender Mangel angesehen und nicht als ein Umstand, durch den der Mensch reift und sich für Beziehungen öffnet. Doch wir müssen daran denken, dass der Mensch nicht *trotz* seiner Begrenztheit, sondern oft gerade *durch* seine Begrenztheit zur Entfaltung gelangt.

Gerade durch unsere Begrenztheit gibt es Raum für Mitgefühl, für aufrichtige Sorge um die Bedürfnisse der anderen, für eine Großherzigkeit, die selbst inmitten von Dunkelheit und Versagen überrascht, für geistliche Erfahrungen und für die Anbetung Gottes.

Auch wenn die Begrenztheit als innerer Schmerz erfahren wird, sagt uns die menschliche Weisheit, ihn nicht zu beseitigen oder zu unterdrücken, sondern ihn zu integrieren. Um den Schmerz vollständig zu unterdrücken, müsste man letztendlich auch die Liebe und die Sehnsucht auslöschen. Wer liebt und etwas ersehnt, kann Prüfungen und Leiden nämlich nicht vermeiden.

Wenn die Endlichkeit in Wahrheit angenommen wird, macht sie den Menschen nicht arm, sondern öffnet ihn für die Erkenntnis des Antlitzes Gottes und des Nächsten. Gerade weil er Begrenztheit erfährt – Verletzlichkeit, Schmerz und Versagen –, kann er die eigene Würde und die der Mitmenschen als unantastbar anerkennen. Und gerade in dieser Erfahrung der Begrenztheit bleibt er fähig, eine geschwisterliche Verbundenheit zu erahnen, die größer ist als er selbst, und Ungerechtigkeit als einen Skandal zu sehen.

Die Geschichte bietet nicht nur eine Auflistung unserer Gewalttaten, sondern auch den Beweis dafür, dass die Menschheit in der Lage ist, Institutionen zum Schutz des gemeinsamen Lebens zu schaffen. In den vergangenen zwei Jahrhunderten sehen wir dies an einigen symbolträchtigen Errungenschaften: an der Gründung des Internationalen Komitees oder der Gründung der Organisation der Vereinten Nationen (1945) und die *Allgemeine Erklärung der Menschenrechte* (1948), die *Genfer Flüchtlingskonvention* (1951). Doch nichts davon ist entstanden, ohne dass es auf Widerstand, engstirnige Interessen und kulturelle Trägheit gestoßen ist. Moralische Fortschritte sind fast immer ein langer und beschwerlicher Weg, der auch von Rückschlägen gezeichnet ist: Denken wir an unterbrochene Friedensprozesse oder an nur langsam umgesetzte Umweltschutzverpflichtungen.

Für einen Algorithmus ist ein Fehler etwas, das korrigiert werden muss; für einen Menschen kann er der Beginn einer tiefgreifenden Veränderung sein.

Der christliche Humanismus lehnt Wissenschaft und Technik nicht ab, sondern nimmt sie mit Dankbarkeit und Realismus an und sieht sie nüchtern im Kontext einer höheren Berufung. In diesem Sinne besteht die wahre Alternative nicht zwischen Begeisterung und Angst, sondern zwischen zwei Arten etwas aufzubauen: zwischen einem Fortschritt, der den Menschen und den Völkern dient, oder einem Fortschritt, der sie einer Logik der Macht unterwirft.

Die Art und Weise, wie wir unsere Beziehungen, unsere Arbeit und unsere Institutionen verstehen und gestalten, offenbart nämlich unsere grundlegenden Werte und ergibt sich letztlich aus dem, was uns am meisten am Herzen liegt. Es ist eine Liebe, die uns leitet: Das, was wir wirklich lieben, als Einzelne wie als Gesellschaft, bestimmt unser Leben und Handeln.

Desinformation hat nicht erst mit der KI begonnen, findet in ihr jedoch einen wirkungsvollen Verstärker. Die Möglichkeit, Inhalte, Bilder und Videos zu manipulieren, setzt die Bürger einseitigen oder irreführenden Sichtweisen aus.

Die Suche nach der Wahrheit ist ein wesentlicher Bestandteil der Demokratie, die ihrerseits ein Mittel zur Mitwirkung am Gemeinwohl ist. Wenn die Frage nach dem, was wahr ist, ihre Bedeutung verliert und an ihre Stelle ein Pragmatismus tritt, der sich mit dem begnügt, was nützlich oder wirksam zu sein scheint, wird das demokratische Leben schwächer. Denn es lebt

nicht nur von Regeln und Verfahren, sondern vor allem von einer redlichen Beziehung zu den Fakten und einer realen Ausrichtung auf das Wohl des Einzelnen und des sozialen Ganzen. Die Gleichgültigkeit gegenüber der Wahrheit führt zu einem langsamen, aber unaufhaltsamen Abgleiten zum Totalitarismus, für den, wie die Philosophin Hannah Arendt schrieb, die idealen Untertanen nicht so sehr diejenigen sind, die ideologisch überzeugt sind, sondern »Menschen, für die die Unterscheidung zwischen Fakten und Fiktion (d. h. der Wirklichkeit der Erfahrung) und die Unterscheidung zwischen wahr und falsch (d. h. den Maßstäben des Denkens) nicht mehr existiert.«

Die Wahrheit ist ein Gemeingut und nicht das Eigentum derer, die Macht oder Sichtbarkeit besitzen. Wir müssen daher eine Ökologie der Kommunikation fördern. Auf der Ebene öffentlicher Regelungen bedeutet dies, Vorschriften zu erlassen, die die Logik hinter der Auswahl und Verbreitung von Inhalten transparenter werden lassen und den Schutz personenbezogener Daten gewährleisten. Auf sozialer und kultureller Ebene erfordert dies hingegen die Stärkung der intermediären Körperschaften, einen seriösen Journalismus sowie Orte des Austauschs, an denen Argumentation und Überprüfung mehr zählen als die unmittelbare Reaktion. Auf der Ebene der Schule und der Familie heißt dies, dass das Bewusstsein für ein neues Bildungsverständnis reifen und dass die korrekte und kritische Nutzung digitaler Instrumente, von KI sowie von Einkaufs- und Investitionsplattformen vermittelt werden muss.

Die Erziehung zum Umgang mit KI bedeutet daher auch, zu lernen, wann und wofür man sie *nicht* einsetzen sollte. Die Geschwindigkeit und Leichtigkeit, mit der man eine Antwort oder eine Zusammenfassung erhält, birgt die Gefahr, den Wunsch nach dem Stellen von Fragen zu ersticken – ein Prozess, der erst im Laufe der Zeit Früchte trägt. Wie Platon schrieb, werden die tiefgründigsten und wichtigsten Dinge erst nach viel Zeit und Mühe erlernt, indem man sich mit anderen austauscht und Konzepte und Erfahrungen wie Feuersteine aneinander „reibt“, bis der Funke des Verständnisses in uns entflammt.

Es bedarf weitsichtiger politischer Entscheidungen, um den unmittelbaren Interessen der Plattformen – die in wenigen Händen konzentriert sind – entgegenzuwirken, wenn diese im Widerspruch zum Wohl der Minderjährigen stehen. In dieser Hinsicht sind gesetzgeberische Maßnahmen angebracht, um Altersgrenzen festzulegen, um Dienstleister in die Verantwortung nehmen, statt die gesamte Last der Kontrolle auf die Familien abzuwälzen, und um speziell Schutz vor allen Formen sexueller Ausbeutung und Gewalt im Internet zu bieten, damit die Kindheit und Jugend als kostbares Gut, das unserer Obhut anvertraut ist, wirklich geschützt ist. Zugleich ist es nötig, Kinder, Jugendliche und junge Menschen so zu schulen, dass sie lernen, Manipulationen zu erkennen und auch in digitalen Umgebungen ihre eigene Würde zu verteidigen und die Würde anderer zu achten.

Lehrer benötigen während ihres gesamten Berufslebens eine kontinuierliche Weiterbildung, damit sie sich positiv mit neuen Technologien auseinandersetzen und den Schülern helfen können, sie verantwortungsbewusst, kritisch und kreativ zu nutzen statt sich passiv ihrem Einfluss zu unterwerfen.

Angesichts eines zunehmend fragmentierten Wissens wird es schwieriger, die Wirklichkeit als Ganzes zu erfassen, Fragen nach dem Sinn zu stellen und ein authentisches, kritisches und kreatives Denken zu entwickeln.

Aus diesen Gründen ist Arbeit nicht ein bloßes Mittel, sondern sie bringt die Würde unseres Lebens zum Ausdruck und stärkt sie. Sie ist ein der menschlichen Natur eingeschriebenes

Bedürfnis, ein ordentlicher Weg zu persönlicher Reife, Entwicklung und Erfüllung. In diesem Sinne bleibt wirtschaftliche Hilfe für die Armen in Notfällen manchmal notwendig, doch darf sie nicht die einzige Antwort sein, weil das Ziel darin besteht, einem jeden zu ermöglichen, durch eigene Arbeit in Würde zu leben.

Deshalb können die, im Gegensatz zu den beworbenen Vorteilen der KI, derzeitigen technologischen Ansätze paradoxerweise dazu führen, dass Arbeitnehmer dequalifiziert, einer automatisierten Überwachung unterworfen und auf starre und sich wiederholende Aufgaben festgelegt werden. Die Notwendigkeit, mit dem Rhythmus der Technologie Schritt zu halten, kann das Gespür der Arbeitnehmer für ihre eigene Handlungsfähigkeit untergraben und die innovativen Fähigkeiten, die sie in ihre Arbeit einbringen sollen, ersticken.« Gerade um diesen Abweg zu vermeiden, ist es nötig, Systeme zu entwickeln, die den Menschen in den Mittelpunkt stellen und nicht nur auf Leistung oder Produktivität ausgerichtet sind.

Für manche Bereiche ist realistischerweise ein erheblicher und rascher Rückgang der verfügbaren Arbeitsplätze zu befürchten, mit einem Dominoeffekt, der Familien, junge Menschen und die lokale Wirtschaft tiefgreifend beeinträchtigt. In vielen Sektoren führt dies bereits zu neuen Formen der Prekarität und Ungleichheit, mit sehr großzügigen Vergütungen für eine hochspezialisierte Minderheit und zunehmend sinkenden Löhnen für einen großen Teil der erwerbstätigen Bevölkerung.

Aus diesem Grund besteht die Soziallehre der Kirche darauf, dass der Zugang zur Arbeit für alle ein vorrangiges Ziel der Politik und der wirtschaftlichen Prozesse sein muss, ein Kriterium, um die menschliche Qualität eines Entwicklungsmodells zu beurteilen. Darüber hinaus ist es in jenen Teilen der Welt, in denen Arbeit aufgrund technologischer und organisatorischer Prozesse, die sich der demokratischen Kontrolle entziehen, tendenziell abnimmt oder sich radikal verändert, notwendig, die Arbeit und ihr Verhältnis zum bürgerschaftlichen Engagement zu überdenken, damit die fehlende Beschäftigung nicht die soziale Teilhabe beeinträchtigt.

Jede Einführung von Automatisierung und KI sollte mit überprüfbaren Maßnahmen zum Schutz der Beschäftigung, zur Umschulung der Arbeitnehmer und zur Gewährleistung ihrer Mitbestimmung einhergehen, damit die Technologie darauf ausgerichtet ist, dem Menschen Zeit und Fähigkeiten freizusetzen, statt Ausgrenzung zu erzeugen.

Die Wirtschaftsmodelle, die Effizienz und individuellen Erfolg verherrlichen, neigen dazu, Investitionen in Menschen, die aus benachteiligten Verhältnissen stammen oder langsamere Entwicklungswege beschreiten, als nutzlos oder unbequem anzusehen, so als ob deren Schicksal ausschließlich von ihrer Fähigkeit abhängen sollte, mit den Gewinnern Schritt zu halten. In Wirklichkeit erfordert eine gerechte Gesellschaft einen wachsamem Staat und zivile Institutionen, die eine reine Effizienzlogik überwinden und Ressourcen, Kreativität und Vorschriften bewusst zugunsten der Schwächsten lenken. Statt darauf zu warten, dass die Vorteile des Wachstums „irgendwann“ auch an die Armen weiterfließen, sind Entscheidungen zu treffen, um das Wachstum von Anfang an inklusiv zu gestalten. Die Erfahrungen der letzten Jahrzehnte zeigen, dass es in den Wirtschafts- und Finanzkrisen stets die Armen sind, die den höchsten Preis zahlen, während sich Theorien, die automatisches allgemeines Wohlergehen versprechen, häufig als illusorisch erweisen.

Es ist notwendig, die derzeitigen Parameter zur Messung des Entwicklungsstands zu überwinden, die seit über achtzig Jahren am Konzept des Bruttoinlandsprodukts ausgerichtet sind und die nahezu systematisch wesentliche Aspekte für das allgemeine Wohlergehen der

Menschen und der Umwelt außer Acht lassen. Gleichzeitig bewerten sie Aktivitäten positiv, die das Leben unseres Planeten kurz- oder langfristig gefährden. Die Einführung neuer Parameter wird eine umfassende und zeitgerechte Bewertung der Auswirkungen gesetzgeberischer und regulatorischer Entscheidungen auf die Würde der Arbeit, den gemeinsamen Wohlstand, den Abbau von Ungleichheiten und den Umweltschutz ermöglichen.

Der weltweite Wohlstand ist in absoluten Zahlen gewachsen, konzentriert sich jedoch zunehmend auf immer weniger Menschen, während sich die Ungleichheiten sowohl innerhalb der Länder als auch zwischen ihnen vergrößert haben: »Wenige haben zu viel und zu viele haben wenig, das ist die Logik unserer Zeit.«

Die Gerechtigkeit betrifft alle Phasen der Wirtschaftstätigkeit, von der Beschaffung von Ressourcen bis zur Finanzierung, von der Produktion bis zum Konsum, und jede Entscheidung hat moralische Konsequenzen. Umso mehr ist es im Zeitalter von KI und Robotik nicht mehr möglich, sich allein auf die „unsichtbare Hand“ des Marktes zu verlassen. Wohlstand trägt nur dann zum Aufbau und zur Festigung des Friedens bei, wenn er weit verbreitet, inklusiv und nachhaltig ist.

Die Familie ist ein vorrangiges soziales Gut. Gegründet auf der beständigen Verbindung zwischen einem Mann und einer Frau, ist sie der erste Lebensraum, in dem jeder Mensch sein Potenzial entfaltet, sich seiner Würde bewusst wird und Wahrheit und Güte kennenlernt, wobei er Gewohnheiten verinnerlicht, die ihn auf das gesellschaftliche Leben vorbereiten. Als erste natürliche Gemeinschaft, ausgestattet mit ursprünglichen Rechten, ist die Familie die grundlegende und unersetzliche Zelle jeder gesellschaftlichen Organisation. Wenn sie daher große politische Projekte und wirtschaftliche Entscheidungen in eine marginale oder zweitrangige Rolle drängen, wird das authentische Wachstum des gesamten sozialen Gefüges beeinträchtigt.

Die Wurzel dieser Probleme liegt in einer technokratischen und posthumanistischen Mentalität, die dazu neigt, den Menschen als manipulierbares Objekt oder als zu optimierende Ressource zu betrachten. Was zählt, ist Effizienz, nicht die Achtung der Freiheit und Menschenwürde.

Diese verzerrte Sicht auf den Menschen schlägt sich heute in verschiedenen Formen der Knechtschaft nieder. Ein wesentlicher Teil der Funktionsweise der digitalen Wirtschaft beruht auf der stillen Arbeit von Millionen von Menschen, die in wenig sichtbaren, aber unverzichtbaren Tätigkeiten beschäftigt sind: Datenbeschriftung, Moderation von Inhalten – oftmals der schlimmsten Art – und Modelltraining. In vielen Fällen handelt es sich um junge Menschen, zumeist Frauen, die für einen Mindestlohn hart arbeiten. Zu dieser unsichtbaren Mühe kommt die noch brutalere Arbeit hinzu, die Ressourcen zu gewinnen, die für die Herstellung der Geräte und Mikroprozessoren benötigt werden, auf denen KI basiert. In einigen Regionen der Welt arbeiten Kinder und Jugendliche unter gefährlichen Bedingungen und zerkleinern Materialien, aus denen Seltenerdmetalle gewonnen werden. Körper werden verletzt, verstümmelt und verbraucht, damit der Rechenfluss nicht zum Stillstand kommt.

Dennoch können wir die Verzögerung nicht leugnen oder herunterspielen, mit der die Kirche und die Gesellschaft die Geißel der Sklaverei verurteilt haben. Während in der Antike und im Mittelalter viele Personen und Institutionen der Kirche Sklaven besaßen, ist der Apostolische Stuhl in Rom noch in der Neuzeit auf Drängen von Herrschern mehrfach tätig geworden, um die Methoden der Unterwerfung und in einigen Fällen der Versklavung von „Ungläubigen“ zu regeln und zu legitimieren. Dafür bitte ich im Namen der Kirche aufrichtig um Vergebung.

In unseren Tagen zeigt der Kolonialismus ein neues Gesicht. Er beherrscht nicht mehr nur Körper, sondern eignet sich Daten an und verwandelt das persönliche Leben in verwertbare Informationen. Hierin liegt eine der dringlichsten moralischen Herausforderungen unserer Zeit: gemeinsames Wissen in ein Gemeingut zu verwandeln, statt es als Beherrschungsinstrument zu nutzen. Das bedeutet, den Menschen nicht nur die Daten zurückzugeben, die sie beschreiben, sondern auch die Möglichkeit, zu entscheiden, wie diese genutzt werden, von wem und für wen. Andernfalls wird das digitale Zeitalter nicht postkolonial sein, sondern in einer anderen Form kolonial.

In der Zeit, in der wir leben, festigt sich zunehmend eine Kultur der Macht, in der die Verfügbarkeit von Mitteln und die Fähigkeit Herrschaft auszuüben zunehmend die Agenda und die Entscheidungskriterien bestimmen, wobei das Gemeinwohl der Menschheit in den Hintergrund gedrängt und das konkrete Drama der Völker im Krieg gegenüber strategischen Interessen zu einer zweitrangigen Variable reduziert wird. Diese Kultur der Macht durchdringt die Gesellschaft, verändert Beziehungen und Verhaltensweisen und breitet sich aus, indem sie den Krieg normalisiert, nach immer größerer militärischer Macht strebt, die Krise des Multilateralismus ausnutzt und einen falschen Realismus schürt, der beständig wiederholt, dass es keine Alternativen gibt.

Anknüpfend an Entwicklungen, die in der Zwischenkriegszeit stattgefunden hatten, war es nach dem Zweiten Weltkrieg zu einem Umschwung gekommen: Der Friede wurde in den Mittelpunkt der internationalen Ordnung gestellt, wie insbesondere die *Charta der Vereinten Nationen* bezeugt, deren Ziel es ist, »künftige Geschlechter vor der Geißel des Krieges zu bewahren«. In diesem Sinne haben viele nationale Verfassungen die Anwendung von Waffengewalt auf extreme und streng definierte Fälle beschränkt. Auch während des Kalten Krieges blieb trotz schwerwiegender Konflikte das Bewusstsein bestehen, dass ein neuer Weltkrieg um jeden Preis vermieden werden müsse. Heute erleben wir im öffentlichen Diskurs und bei den Entscheidungen zur Aufrüstung jedoch einen echten Paradigmenwechsel, mit einer besorgniserregenden Rehabilitierung des Krieges als Instrument der internationalen Politik, während gerade jene ethischen Kriterien, die seinen Einsatz begrenzen, ausgehöhlt werden. Die öffentliche Meinung wird zunehmend von einem polarisierenden Narrativ in den Medien, das oft durch Algorithmen verstärkt wird, die Konflikte und Konfrontationen in den Vordergrund stellen, geprägt und an dieses gewöhnt.

Wir erleben zudem einen besorgniserregenden Verlust an historischem Gedächtnis. Das Verblässen direkter Zeugnisse von der *Shoah* und den beiden Weltkriegen erleichtert eine selektive oder verzerrte Umschreibung der Vergangenheit, in einem Klima, in dem *Fake News* und narrative Manipulationen die gewonnenen Erkenntnisse verschleiern. Ohne eine lebendige Erinnerung an die Schrecken des Krieges besteht die Gefahr, dass politische Entscheidungen auf der Grundlage von Machtkalkülen getroffen werden, ohne Weitblick für die langfristigen Folgen.

So wird Krieg nicht nur geführt, sondern auch kulturell vorbereitet: durch vereinfachende Narrative, Freund-Feind-Logik, Desinformation und Angst. Heute ist es – unbeschadet des Rechts auf legitime Verteidigung, die im engsten Sinne zu verstehen ist – wichtiger denn je, die Überwindung der Theorie des „gerechten Krieges“ zu bekräftigen, die allzu oft herangezogen wird, um alle möglichen Kriege zu rechtfertigen. Um Konflikte zu bewältigen, verfügt die Menschheit über Mittel, die weitaus wirksamer sind und geeigneter, das menschliche Leben zu fördern, wie zum Beispiel den Dialog, die Diplomatie und die

Vergebung. Der Rückgriff auf Stärke, Gewalt und Waffen zeugt von einer Beziehungsarmut, die stets verheerende Folgen für die Zivilbevölkerung hat.

Ein entscheidendes Element der gegenwärtigen Lage ist das Wachstum der Rüstungsindustrie, die in einigen Ländern zu einem Schlüsselsektor der Wirtschaft geworden ist. Die enge Verbindung zwischen wirtschaftlichen Interessen, politischen Entscheidungen und Militärapparat schafft eine „bewaffnete Nation“, in der Krieg fast wie eine natürliche Fortsetzung der Politik erscheint und der Rüstungsmarkt zu einer eigenständigen Triebkraft für kriegerische Entscheidungen wird. Wir dürfen die enormen wirtschaftlichen Interessen hinter dem Krieg nicht ignorieren. Die Rüstungsindustrie und die Länder, die Waffen liefern, profitieren von einem Markt, der gerade dank der Konflikte gedeiht. In diesem Sinne gibt es auch eine wirtschaftliche Logik, die dazu beiträgt, Spannungen in verschiedenen Regionen der Welt zu schüren.

Mit diesem Szenario geht die unaufhörliche Weiterentwicklung von Waffensystemen einher, insbesondere von Waffen, die KI nutzen. Der Heilige Stuhl hat kürzlich festgestellt, dass die zunehmende Leichtigkeit, mit der operationell autonome Waffensysteme eingesetzt werden können, Krieg „durchführbarer“ macht und ihn weniger der menschlichen Kontrolle unterwirft, was dem Grundsatz widerspricht, dass der Einsatz von Waffengewalt nur als letzte Option in Fällen legitimer Verteidigung erfolgen sollte. Aus diesem Grund müssen die Entwicklung und der Einsatz von KI auf dem Gebiet der Kriegsführung strengsten ethischen Auflagen hinsichtlich der Achtung der Menschenwürde und der Unantastbarkeit des Lebens unterliegen, ohne dass es zu einem Wettrüsten kommt.

Aus diesen Kriterien leiten sich einige unverzichtbare Anforderungen ab. Zuerst muss bei jedem System, das zu Kriegszwecken eingesetzt wird, die Rückverfolgbarkeit und die Möglichkeit gewährleistet sein, Entscheidungsprozesse nachzuvollziehen, damit sich Verantwortlichkeiten und eventuelle Schuld nicht „in der Maschine“ verlieren. Zweitens darf die Entscheidung über den Einsatz tödlicher Gewalt nicht an undurchsichtige oder automatisierte Prozesse delegiert werden, sondern muss unter effektiver, bewusster und verantwortlicher menschlicher Kontrolle bleiben.

Es kommt erneut die Versuchung auf, eine kollektive Identität gegen einen Feind aufzubauen, indem man Narrative schürt, in denen sich jede Partei als Opfer darstellt, das ein Recht auf Vergeltung hat. Vereinfachende Schemata – „ich zuerst“, „Freund-Feind“, „wir-ihre“ – begünstigen oft unverantwortliche Entscheidungen, die das gegenseitige Vertrauen zwischen den Nationen untergraben.

In vielen Ländern, auch im Globalen Süden, werden erhöhte Militärausgaben als einzige Antwort auf eine ungewisse Zukunft oder auf vermeintliche Bedrohungen dargestellt, während die tatsächlichen Kosten auf die Armen abgewälzt werden, die zusehen müssen, wie die Mittel für Gesundheitsversorgung, Bildung und soziale Dienste schwinden.

Hinter all dem steht ein falscher „Realismus“, der nicht nur auf der vorherrschenden Logik der Stärke beruht, sondern auch auf kulturellen und anthropologischen Überzeugungen, als ob Krieg ein unvermeidlicher Bestandteil der menschlichen Natur wäre.

Ohne den Anspruch zu erheben, das Thema erschöpfend zu behandeln, schlage ich fünf Ansätze für die Verantwortung im Alltag und im öffentlichen Leben vor: Worte entwaffnen, Frieden in Gerechtigkeit aufbauen, die Perspektive der Opfer einnehmen, einen gesunden Realismus pflegen, den Dialog und den Multilateralismus wiederbeleben.

[Zusammengestellt für *Hallo-Wippingen.de* von *Jan Deters*, 05.06.2026]